



# SITZUNGSVORLAGE

Nr. **1 7 - V - 5 0 - 0 0 0 4**

(Jahr - V - Amt - Nr.)

Betreff:

Dezernat(e)

VII

Nutzungsgebühren in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

## Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

## Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

## Bestätigung Dezernent

Manjura

Stadtrat

## Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich  
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.  
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz

Stadtkämmerer

## A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind  **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.  
 finanzielle Auswirkungen verbunden.  
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

### I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel  rot  grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: \_\_\_\_\_  
 in %: \_\_\_\_\_

### II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling  Investition  Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: \_\_\_\_\_  
 in %: \_\_\_\_\_

### III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um  Mehrkosten  
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamt-kosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
<b>Summe einmalige Kosten:</b>									

<b>Summe Folgekosten:</b>									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

## B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

In Hessen sind Kommunen nunmehr ermächtigt, per Satzung Gebühren für die Unterbringung von Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften (GU) zu erheben, die sich an den tatsächlichen Kosten orientieren. Der Hessische Landtag hat im Dezember 2017 die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen im Landesaufnahmegesetz dafür geschaffen. Die Änderungen werden rückwirkend zum 01. Januar 2017 in Kraft treten.

### Anlagen:

Entwurf der Gebührensatzung

## C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen:

- 1.1 Bisher wurden Gebühren für die Unterbringung von Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften (GU) landeseinheitlich festgelegt.
- 1.2 Die in der Satzung (siehe Anlage) festgelegten Gebühren bemessen sich an den in Wiesbaden entstehenden Kosten pro Platz in Wiesbadener GU.

2. Es wird beschlossen:

- 2.1 Der als Anlage beigefügte Entwurf einer Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Unterbringung von Geflüchteten und anderen ausländischen Personen in der Landeshauptstadt Wiesbaden (Unterbringungsgebührensatzung) wird als Satzung beschlossen.
- 2.2 Die Unterbringungsgebührensatzung wird mit rückwirkender Kraft zum 01.01.2017 erlassen.
- 2.3 Dez. VII/50 wird nach Abschluss des Haushaltsjahres 2018 über deren finanzielle Wirkungen berichten.
- 2.4 Die Höhe der Nutzungsgebühr wird bei Bedarf angepasst; eine Überprüfung erfolgt spätestens drei Jahre nach Inkrafttreten (01.01.2020).

## D Begründung

### I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Die Festsetzung von Gebühren für die Unterbringung von Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften erfolgte bisher durch das Land Hessen einheitlich durch die Verteilungs- und Unterbringungsverordnung.

Damit waren Kommunen benachteiligt, die aufgrund eines angespannten Wohnungsmarktes und hohen Mietpreinsniveaus höhere Kosten für die Beschaffung von Gemeinschaftsunterkünften als Kommunen mit Wohnungsleerstand und/oder niedrigem Mietpreinsniveau hatten.

Die zu beschließende Satzung wird Mehreinnahmen im Vergleich zum Status quo zur Folge haben, die einer teilweisen Refinanzierung der Kosten für die angemieteten Gemeinschaftsunterkünfte dienen. Die Höhe der Gebühr je Platz orientiert sich an den der Landeshauptstadt Wiesbaden tatsächlich entstehenden Kosten. Aufgrund der unsicheren Entwicklung sowohl bei den Zuweisungen von Geflüchteten, die in einer Gemeinschaftsunterkunft untergebracht werden müssen, als auch der nicht absehbaren Verweildauer in Gemeinschaftsunterkünften, ist eine seriöse Prognose zur Höhe der Mehreinnahmen nicht möglich. Die Höhe der Mehreinnahmen wird mit Ablauf des Haushaltsjahres 2018 ermittelt.

Zielgruppe sind SGB II Berechtigte (der Bund beteiligt sich anteilig an den Kosten der Unterkunft), Bezieher von Leistungen nach dem 4. Kapitel SGB XII (100% Bundesauftragsverwaltung), sowie im Einzelfall ggf. auch sogenannte Selbstzahler.

## **II. Demografische Entwicklung**

*(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)*

## **III. Umsetzung Barrierefreiheit**

*(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)*

## **IV. Ergänzende Erläuterungen**

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

## **V. Geprüfte Alternativen**

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 19. Januar 2018

5001

Barham (2646/ba)

51.4 dezentrale  
Steuerungsunterstützung  
(4261/bu)

Manjura  
Stadtrat